

h



SCHWEIZERISCHE DELEGATION  
BERLIN

BERLIN 21. den 14. Juni 1967  
Fürst-Bismarck-Straße 4  
Telefon 39 53 21  
Sprechstunden: 9.00-12.30 Uhr  
außer Mittwoch und Sonnabend

Ref.: 382.0(WB) - A/ec

VERTRAULICH

POLITISCHER BRIEF

Zwischenfälle beim  
Besuch des Schahs  
vom 2. Juni 1967.

An den

Chef der Abteilung für Politische  
Angelegenheiten des Eidgenössischen  
Politischen Departements

3003	B	ecr	n						ca
		Datum							19.6
		Von							Hof
		EPD 19. Juni 1967							
		Ref. p. A. 21. 31. Berlin.							

✓ p. B. 22. 52. A. (Iran)

Herr Botschafter,

Die Demonstrationen beim Besuch des Schahs von Persien in Berlin vom 2. Juni 1967 führten zu Zwischenfällen, bei denen ein Toter und zahlreiche Verletzte zu beklagen waren. Darüber hinaus führten sie zu Kontroversen und Diskussionen in der Berliner Bevölkerung, zu Stellungnahmen pro und contra Behörden oder Studentenschaft, zu emotionellen Kundgebungen und Aeusserungen, die immer noch anhalten und deren Abklingen keineswegs abzusehen ist.

Die Vorfälle und ihre Weiterungen bildeten das Hauptthema der letzten Zusammenkunft mit dem Regierenden Bürgermeister vom 7. Juni 1967. Herrn Albertz, der sich sehr offen aussprach, war die Sorge, die er sich ihretwegen für Berlin macht, deutlich anzumerken. Sein wiederholtes, fast beschwörendes Ersuchen an "Sie, die hier anwesenden Vertreter befreundeter Staaten, in Ihren Berichten daraufhinzuweisen", schien wie ein Appell, bei den Stellen, auf die es ihm ankommt, durch eine sachliche Rapportierung den vermutlich negativen Eindruck zu korrigieren, den die Berichterstattung in Presse, Rundfunk und Fernsehen hervorgerufen hatte.

Der Regierende Bürgermeister vertrat die Auffassung, die Entwicklung, die in den Vorfällen vom 2. Juni ihren Höhepunkt erreicht habe, sei von einer extremistischen Minderheit ausge-

./. .

4 c.



löst worden, die die Freiheit missbrauche, um zu ihrem Endziel, der Auflösung der demokratischen Grundordnung, zu gelangen. Damit spielte er auf Strömungen und Zirkel innerhalb der Studentenschaft an der Freien Universität an, womit er zweifellos recht hatte.

Herr Albertz gab ferner ohne weiteres zu, dass die Polizei falsche Dispositionen getroffen habe. Angesichts der Erfahrung vom frühen Nachmittag, vor dem Rathaus Schöneberg, wo die Polizei nach seinen Angaben bis an die Grenze des Tragbaren geduldig gewesen sei, sei es ein Fehler gewesen, abends die Bismarckstrasse im Bereiche der Oper nicht abzusperren. Der Regierende Bürgermeister unterscheidet sich hier vorteilhaft von seinem Innensenator, der vor dem Abgeordnetenhaus darzulegen versuchte, eine solche Absperrung wäre unmöglich gewesen. Beizupflichten ist Herrn Albertz auch darin, dass es in Anbetracht der Vorfälle vor Beginn der Opernvorstellung gar nichts mehr anderes gegeben habe, als die Strasse während derselben räumen zu lassen. Sonst wäre ohne Zweifel ein Verlassen des Opernhauses für die Gäste gefährlich gewesen. Schon der Zutritt war es, wie einige meiner Kollegen selber erleben mussten. Die Polizei habe dann nur hart zugreifen können. Die seit dem 2. Juni täglich in der Presse erscheinenden "Leserbriefe" lassen diese Erklärung von Herrn Albertz zum Teil in einem zweifelhaften Lichte erscheinen. Festgehalten werden muss dazu, dass nach der Auffassung hiesiger britischer Polizeifachleute die Berlinerpolizei mehrfach mit einer Brutalität vorgegangen sei, die in gar keinem Verhältnis zum Anlass gestanden sei.

Zu den vom Senat am 3. Juni beschlossenen Massnahmen erklärte der Regierende Bürgermeister, für ihn habe die erste Pflicht darin bestanden, dafür zu sorgen, dass über das Wochenende keine Eskalation entstehe. Daher sei beschlossen worden, bis auf weiteres Anträge auf Genehmigung öffentlicher Demonstrationen abzulehnen. In der Presse war von einem Demonstrationsverbot die Rede. Diese Bezeichnung ist irreführend. In Berlin sind Demonstrationen bewilligungspflichtig. Seither wurden übrigens bereits wieder Bewilligungen erteilt.



- 3 -

Dass der Tod des Studenten Ohnesorge zu einer Solidarisierung der Studenten und teilweise auch von Angehörigen des Lehrkörpers gegen die Behörden geführt hat, bezeichnete Herr Albertz als unvermeidlich. Als ebenso unausweichlich hält er die Reaktion der Öffentlichkeit, die spontan für die Polizei und die Behörden Partei ergriff und gegen die Studentenschaft Stellung nahm. Versuche einzelner Studentengruppen, Arbeiter und Gewerkschaften auf ihre Seite zu ziehen, scheiterten. Obwohl Herr Albertz diese "Trennung der Geister" für beklagenswert und gefährlich hält, scheint die Windrichtung beim Senat, inklusive des sehr linksstehenden Senators für Kunst und Wissenschaft, momentan auf einen harten Kurs eingestellt. Wohin er führt und ob er überhaupt eingehalten werden wird oder kann, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Dem harten Kurs zum Trotz hat aber der Senat den Polizeipräsidenten Duensing geopfert. Er bewog ihn, ein Urlaubsgesuch für die Dauer der sofort gegen Demonstranten aber auch gegen Polizeibeamte angehobenen staatsanwaltschaftlichen Untersuchung einzureichen, das prompt bewilligt wurde. Der Polizeipräsident wird wohl über die Klinge springen müssen. Nach aussen wird es nicht schwer sein, dies zu tarnen. Er ist 61 Jahre alt, hat 41 Dienstjahre und wurde vor einigen Monaten operiert, vermutlich an Krebs. Es sollte also keine allzugrosse Geschicklichkeit vonnöten sein, um diesem Funktionär, der übrigens Mitglied der Regierungspartei ist, einen ehrenvollen Abgang zu sichern. Sonst dürfte die Regierungsequippe die Ereignisse überstehen. Dem Innensenator, der als Vorgesetzter der Polizei eigentlich am stärksten im Schussfeld stehen sollte, kommt zugute, dass er erst seit wenigen Wochen im Amt steht. Jedermann begreift, dass er sich auf seine Fachleute, in erster Linie natürlich den Polizeipräsidenten verlassen musste. Der Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters wird zwar von einem Teil der Studentenschaft gefordert; einzelne einflussreiche Parteimitglieder würden ihn vermutlich auch nicht ungerne scheiden sehen. Aber ernstlich wird nicht versucht werden, ihn zum Rücktritt zu bewegen. Bleibt der

Senator für Kunst und Wissenschaft, dem es obliegt, demnächst den Entwurf zu einem neuen Universitätsgesetz vorzulegen. Auch seine Stellung gilt als unerschütterter.

Ueber die Vorfälle vom 2. Juni wird deshalb nicht einfach nach einiger Zeit zur Tagesordnung geschritten werden können, weil ihre Untersuchung, die wie erwähnt in den Händen der Staatsanwaltschaft selber liegt, noch nicht abgeschlossen ist und weil sie so eng mit den Verhältnissen an der Freien Universität verknüpft sind. Verhältnisse, die der zuständige Senator für Kunst und Wissenschaft Stein am 8. Juni 1967 im Abgeordnetenhaus nicht nur als sehr ernst bezeichnet hat, sondern als so ernst, dass mit weiteren Konflikten innerhalb der Universität, aber auch zwischen Universität und Öffentlichkeit gerechnet werden müsse. Ob sie das deshalb sind, weil die Führung versagt habe, oder ob sie, wie Senator Stein zu wissen glaubt, auf den latenten Zustand des Missbehagens und der Unzufriedenheit eines grossen Teils der jungen Generation mit den vorherrschenden Verhältnissen in Gesellschaft und Staat zurückzuführen sind, das zu beurteilen kann nicht Gegenstand dieses Berichtes sein.

Was die Vorfälle des 2. Juni besonders gefährlich macht, ist die Tatsache, dass sie sich in Berlin ereigneten. Die Presse von Ostberlin hat sich ihrer natürlich mit Vergnügen und mit diabolischer Geschicklichkeit bemächtigt. Aus dieser Sicht auch versteht man die grosse Sorge des Regierenden Bürgermeisters; unabhängig von der Beantwortung der Frage, wen letzten Endes die Schuld daran trifft, dass es zu diesen Excessen kommen konnte, wird man seinen Worten im Abgeordnetenhaus vom 8. Juni beipflichten müssen:

"Wenn es in dieser Stadt unmöglich werden sollte, Gäste aus Westdeutschland und aus dem Ausland zu empfangen, wie es unter zivilisierten Menschen selbstverständlich ist, dann können wir uns in Berlin selbst aufgeben. Diese Stadt lebt von der Verbindung mit dem freien Teil Deutschlands und mit der Welt. Wenn unsere Freunde in Westdeutschland das Gefühl bekommen sollten, sie seien hier nicht mehr allseits willkommen, dann geht uns die Luft aus. Wenn die Bundesregierung auf den Gedanken kommen müsste, hohe ausländische



- 5 -

Gäste nicht mehr die deutsche Hauptstadt besuchen lassen zu können, dann ist die internationale Vertretung unserer Berliner Sache unmöglich gemacht. Es ist bereits - und das ist das Bedrückendste an den Vorgängen - eine schwere Schädigung des Ansehens Berlins eingetreten. Hier liegt die eigentliche Gefahr.

Das letzte aber und wichtigste, was ich sagen will, ist dies: Die erdrückende Mehrzahl unserer Mitbürger ist auf das tiefste beunruhigt. Sie ist mit Recht beunruhigt. Wenn wir, die wir gemeinsam die politische Verantwortung für diese Stadt tragen, es nicht fertig bringen, dem einzelnen Bürger und den Gemeinschaften, die hier leben, und das sind nicht nur die Universitäten und Hochschulen, das sichere Gefühl dafür zu geben, dass man hier im Sinn des Wortes ungestört leben und arbeiten kann, dann ist eine der Grundlagen der Lebensfähigkeit dieser Stadt zerstört. Ich weiss, was ich damit sage, Es ist die nackte Wahrheit."

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER CHEF DER SCHWEIZERISCHEN DELEGATION



Beilagen:

4 Briefdurchschläge